

Vorwort

Ein junger Afghane, der vor einem Jahr als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland kam, ist wohl überführt, die Freiburger Medizinstudentin Maria L. vergewaltigt und umgebracht zu haben. Eines von zwei schrecklichen Verbrechen, die Freiburg und das Umland sehr belasten, konnte von der Polizei aufgeklärt werden. Ein wichtiger Erfolg! Unsere Gedanken sind in diesen Momenten bei den Angehörigen des so jungen Opfers. Die Stadt kann aufatmen, dass der Tatverdächtige gefunden und verhaftet ist.

Nun gibt es eine neue Diskussion mit neuen Sorgen. Wie werden die Menschen mit der wohl unumstößlichen Tatsache umgehen, dass ein minderjähriger Flüchtling ein Mörder geworden ist? Erlebt Freiburg jetzt seine „Kölner Silvesternacht“? Den grünen Oberbürgermeister Dieter Salomon treibt diese Frage um. Er bittet öffentlich im SWR-Fernsehen um Differenzierung, darum die Flüchtlinge nicht über einen Kamm zu scheren. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, bringt ihm in den sozialen Medien wahre Tsunamis wütender Kommentare ein. Es liest sich seit Samstag bei Facebook und in anderen Foren ganz anders. Dort wird schon lange von interessierter Seite jede einzelne Straftat von Flüchtlingen dankbar als Bestätigung der eigenen Vorurteile hochgeputscht. Freiburg wird das schreckliche Geschehen differenziert aufarbeiten können; dazu wird u.a. das Gerichtsverfahren beitragen. Am Ende steht ein Täter, der unbesehen seiner Herkunft für lange Zeit hinter Schloss und Riegel landen wird. Was aber bewirkt eine derart verwerfliche Tat aber in der Gesellschaft? Diese Frage muss mensch sich auch an einem Abend stellen, an dem eigentlich nur große Freude über den Wahlsieg von „Sascha“ van der Bellen in Wien angesagt wäre. Freude, die bei mir nicht aufkommen kann. Denn ich beklage den Tod von Wolfgang Raufelder, der mich sehr erschüttert hat.

Ich wünsche euch eine gute 3. Adventswoche. Passt auf euch gut auf.

Herzliche und zugleich nachdenkliche Grüße

Euer Uli

AKTUELL

Österreich: *Herzlichen Glückwunsch an Alexander van der Bellen!*

Meine herzlichsten Glückwünsche gehen nach Wien. Ich gratuliere dem neuen österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen zu seiner Wahl. Ein rund einjähriger Wahlkampf liegt nun hinter dem Land, Alexander van der Bellen stand in diesen 12 Monaten stets bewundernswert für seine Ziele und für ein weltoffenes, europäisches Österreich. Sein nun deutlicher Vorsprung ist die Belohnung dafür. Es ist ein gutes und ermutigendes Zeichen, dass sich in Österreich Weltoffenheit und Toleranz durchgesetzt haben. Die Wahl macht Mut, mit konstruktiver und lösungsorientierter Politik und Arbeit für unsere demokratischen Werte und die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und dem Nationalismus weiterzuführen.

AUS DER LANDESPOLITIK

Wolfgang Raufelder war ein Politiker der leisen Töne und ein liebenswürdiger Mensch

Der Tod von Wolfgang Raufelder hat uns sehr erschüttert. Unser unter schrecklichen Umständen am 28. November verstorbener Abgeordneter hinterlässt eine fassungslose grüne Landtagsfraktion.

Wir haben uns seiner in mehreren Begegnungen während der gesamten Woche erinnert. Wir trauern um einen fachlich und persönlich sehr geschätzten Kollegen, der vielen von uns zum Freund geworden ist. Raufelder war ein Politiker der leisen Töne und vor allem ein liebenswürdiger Mensch gewesen. Er hat dem Landtag seit 2011 angehört. Von Beruf Architekt und Städteplaner mit vorangegangenen Biologiestudium widmete er sich – engagiert, hochkompetent und leidenschaftlich – der Umwelt- und Verkehrspolitik. Menschengerechtes, ökologisch verantwortungsbewusstes und zugleich praxistaugliches Gestalten – darum ging es ihm. Und dafür leistete er parlamentarische Kärnerarbeit im besten Sinne.

Wolfgang Raufelder setzte bei seinen Initiativen nicht auf große Worte, sondern auf fundierte Begründungen – und auf seine Fähigkeit, gewinnend zu argumentieren. Zu Beginn dieser Wahlperiode übertrug ihm unsere Fraktion den Vorsitz ihres Arbeitskreises „Verkehr“ und die Aufgabe des Sprechers für „ÖPNV und Bahn“. Er war nicht nur Mitglied im Verkehrsausschuss, sondern auch im Finanzausschuss. Nachhaltigkeit in all ihren Facetten war ihm wichtig. Wolfgang Raufelder hat viel bewegt. Er, seine Ideen, seine sympathische Ausstrahlung und sein einnehmendes Lachen werden uns fehlen. Unsere Gedanken sind in diesen schweren Stunden bei seiner Familie und all

seinen Angehörigen. Wir werden uns an Wolfgang Raufelder immer mit Hochachtung und Sympathie erinnern. Ich persönlich kannte Wolfgang seit nahezu 30 Jahren. In zahllosen Initiativen, insbesondere in der Metropolregion Rhein-Neckar haben wir vieles bewegt und bewirkt. Einige Jahre waren wir gemeinsam Vorstand im Regionalverband, davor etliche Jahre im regionalen Abfallzweckverband zusammen unterwegs. Ich habe einen guten und lieben Freund verloren.

Bewegende Rede von Nadia Murad



In einer bewegenden Rede im Landtag hat die UN-Sonderbotschafterin für die Würde der Opfer von Menschenhandel, Nadia Murad, dem Land Baden-Württemberg am 1. Dezember für die Aufnahme von mehr als 1000 IS-Opfern gedankt. „Sie alle haben uns gezeigt, dass die Welt uns nicht vergessen hat, dass wir doch noch eine Zukunft haben werden und dass das Unrecht am Ende nicht siegen wird“, sagte sie im Landtag. Dass sie heute öffentlich über die Verbrechen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) reden könne, wäre ohne das Sonderkontingent des Landes nicht möglich gewesen.

Murad war selbst Gefangene des IS. Sie konnte ihren Peinigern aber entkommen und gelangte mit dem bundesweit einmaligen Sonderkontingent der Landesregierung nach Baden-Württemberg. Heute kämpft sie gegen die Versklavung ihrer Glaubensschwestern im Nordirak durch den IS. „Dabei geht es uns um Gerechtigkeit, nicht um Rache“, sagte Murad. Es gehe auch darum, Jugendliche davor zu bewahren, sich der „Ideologie des Hasses“ anzuschließen. Von den muslimischen Gemeinschaften und Regierungen erhoffe sie sich die gleiche Entschlossenheit in der Auseinandersetzung mit dem Extremismus wie es sie in Deutschland gebe. Jetzt sollten sich vor allem Muslime und deren Religionsträger und Oberhäupter öffentlich gegen Extremismus, Terror und Gewalt aussprechen und alle anderen Religionen, Ethnien und Nationalitäten akzeptieren und respektieren, sagte die 23-Jährige. Neben Murad war auch Lamija Adschi Baschar bei der Veranstaltung im Landtag mit dabei. Beide jungen Frauen wurden vom EU-Parlament mit dem renommierten Sacharow-Preis ausgezeichnet

Für mich waren das sehr bewegende Stunden. Ich konnte zum ersten Mal seit mehreren Monaten wieder mit Mitgliedern des Zentralrats der Jesidinnen und Jesiden zusammen kommen. Es gab jede Menge zu erzählen. Wir hatten immerhin im Herbst 2014 das Hilfsprojekt für die Jesidinnen angestoßen und den Kontakt zum Ministerpräsidenten hergestellt.

Pakt für Integration zwischen Kommunen und Land

Es dürfte eine der wichtigsten Maßnahme der grün-schwarzen Koalition sein: Der Pakt für Integration. Das Land stellt den Kommunen für Integrationsaufgaben in den kommenden beiden Jahren insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung. Mit 180 Millionen Euro werden die Kommunen bei den Kosten für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge entlastet.

Weitere 140 Millionen Euro fließen in konkrete Integrationsförderprogramme und -Maßnahmen vor Ort. Der Pakt wurde in der vergangenen Woche mit abschließenden Beratungen in der Koalition auf den Weg gebracht. In den nächsten Wochen erfolgt eine Verständigung mit den Kommunen über die genaue Ausgestaltung der nötigen Maßnahmen.

Aus Geflüchteten sollen Mitbürgerinnen und Mitbürger werden

„Mit dem Pakt für Integration macht die grün-schwarze Koalition deutlich, dass wir die Kommunen angesichts der außergewöhnlich hohen Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr nicht damit allein lassen, diese vielen Menschen vor Ort zu integrieren. Wir stellen uns der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, aus untergebrachten Geflüchteten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen“, erläuterte der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsgrünen Uli Sckerl. Das könne nur in engem Schulterschluss mit den Kommunen gelingen, dort, wo sich Einheimische und Flüchtlinge begegnen, wo Kinder zur Schule gehen und wo soziale Kontakte geknüpft werden.

Unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiche Integration seien Bildung und Spracherwerb, Berufsqualifikation und Arbeitsmarktintegration sowie echte gesellschaftliche Teilhabe. Damit dies angesichts hoher Zugangszahlen in die Anschlussunterbringung gelinge, müsse der Pakt für Integration die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Landesregierung erhebe bei der Ausgestaltung der Integrationsmaßnahmen den Anspruch, auf den bestehenden Regelstrukturen aufzubauen und die Hilfssysteme zu verbessern. Dabei müssten vergleichbare Standards bei den Integrationshilfen erreicht werden. Sichergestellt werden solle auch, dass die Maßnahmenpakete untereinander anschlussfähig und kompatibel seien. Förderer für geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive sollen künftig sogenannte Case Manager im Integrationsbereich werden. Sie sollen für die Unterstützung der neuen Einwohner*innen aber auch für das Bauen von Brücken zu den alteingesessenen Bürgere*innen da sein.

Erste Studie zum Einfluss der Energiewende auf den Arbeitsmarkt

Unser Umweltminister Franz Untersteller hat mit dem DGB-Landesvorsitzenden Nikolaus Landgraf in der vergangenen Woche die erste Studie zum Einfluss der Energiewende auf den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg vorgestellt. Diese belegt die positiven Auswirkungen der Energiewende auf die Beschäftigung in Baden-Württemberg.

„Die Energiewende hat positive Auswirkungen auf die Beschäftigung in Baden-Württemberg. Insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudesektor bieten große Entwicklungschancen für baden-württembergische Unternehmen, die sich dann auch im Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Gleichzeitig bringt die Energiewende auch einen Wandel in der Arbeitswelt mit sich“, fassten Untersteller und Landgraf die Ergebnisse der Untersuchung zusammen.

Die Studie wurde von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung

(GWS) und der Beratungsgesellschaft für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Sustain Consult erstellt. Untersucht wurden sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Effekte der Energiewende auf die Beschäftigung im Land. Die Studie ist die erste, die sich umfassend diesem Thema widmet.

Insgesamt verdienten aktuell gut 56.500 Menschen ihr Geld in Branchen, die direkt oder indirekt von der Energiewende profitierten, ergab die Untersuchung. 37.000 davon arbeiteten im Bereich der erneuerbaren Energien, im Bereich der Energieeffizienz von Gebäuden und in Unternehmen waren es annähernd 19.000, beim Netzausbau waren es etwa 600.

„Das ist schon sehr gut, kann aber erst ein Anfang sein“, meinte der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl. Fast jeder 100. Arbeitsplatz im Land hänge mit der Energiewende zusammen. Damit habe Baden-Württemberg sein Potenzial aber noch lange nicht ausgeschöpft. Vor allem bei der Energieeffizienz und der Ressourceneffizienz seien noch viele Jobs drin.

www.uli-sckerl.de